

„Es kann keine ‚Überfinanzierung‘ des staatlichen Schulsystems geben“

Aus den Landtagsdebatten zu den Schulgesetzentwürfen der Landesregierung

Bevor die Abgeordnete der Linksfraktion, Dr. Birgit Klaubert, am 8. Oktober zum Gesetzentwurf der Landesregierung über Schulen in freier Trägerschaft im Plenum das Wort ergriff, hatte sie draußen vor dem Landtag zu den zahlreich protestierenden Kindern, Lehrern und Eltern – im Foto mit einer Vertreterin der freien integrativen Schule „Känguru“ aus ihrer Heimatstadt Altenburg – gesprochen. Sie betonte: „Auf einem Plakat steht ‚Von uns könnt ihr lernen‘, genau so ist es, denn die freien Schulen sind ein wichtiger Bereich unserer Bildungslandschaft, die nicht schlechter gestellt werden dürfen als staatliche Schulen. Wir brauchen gute Schulen für alle Kinder. Das wird die LINKE auch in den nun anstehenden Ausschussberatungen zum Ausdruck bringen.“

Bildungsminister Christoph Matschie habe sich in seiner Einbringung eine sachliche Debatte gewünscht „und die soll er bekommen“, betonte Birgit Klaubert. Dazu gehörte „auf ein Papier der SPD-Fraktion vom November 2007 – Matschie war damals Vorsitzender dieser Fraktion – hinzuweisen, dass mit dem Titel ‚Initiative für Bildung und Chancengerechtigkeit‘ überschrieben ist. Darin heißt es, dass die SPD bestmögliche finanzielle Rahmenbedingungen für alle Schulen schaffen wolle. ‚Entsprechend sollen die Zuschüsse für freie Schulen deutlich erhöht werden‘, steht da“.

Statt einer Erhöhung habe Herr Matschie nun eine Kürzung in das Gesetz geschrieben. Die Zuschüsse für freie Schulen, die sogenannten Von-Hundert-Sätze werden um fünf Prozent gesenkt. Damit wird etwas provoziert, was niemand im Sinn ha-

ben kann: Eine Erhöhung der Schulgebühren und damit eine Selektion nach dem Geldbeutel der Eltern. Für DIE LINKE im Thüringer Landtag steht dagegen fest, dass der Bildungsbereich kein Ort für Sparen und Haushaltssanierung sein kann und darf. Ausgaben für Bildung sind Investitionen in die Zukunft unseres Landes. Es kann keine „Überfinanzierung“ des staatlichen Schulsystems geben, die Mittel müssen aber mit der notwendigen Effektivität eingesetzt werden.

Mut zum Volksentscheid

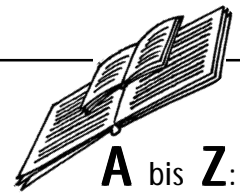
Gleichfalls auf der Tagesordnung der letzten Landtagssitzung stand die erste Beratung des Thüringer Schulgesetzes. In der Debatte ergriff die bildungspolitische Sprecherin der Linksfraktion, Michaela Sojka, zwei Mal das Wort und setzte sich scharf mit den Plänen der Landesregierung auseinander. Das gegliederte und auf frühe Trennung der Schüler setzende System werde beibehalten und zementiert.

Sie betonte: „Also, ändern wird sich vermutlich nichts. Schade eigentlich, denn die Form einer Gemeinschaftsschule, so wie sie die SPD konzipiert hat und nun einführen wollte, entspricht in vielen Punkten unserer im alternativen Schulgesetz definierten integrativen Regelschule. Das war unser Vor-

schlag für eine Gemeinschaftsschule, weil wir nicht den Titel ändern wollten. Allerdings wollen wir diese unsere Gemeinschaftsschule für alle Schüler und auch für die Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf. Gymnasien würde es nach einer längeren, aber weniger als 10-jährigen Übergangsdauer dann nur noch nach Klasse 9 geben. Zugege-



ben, eine solche Veränderung muss sich anders legitimieren, als durch zufällige Landtagswahlergebnisse eines zufälligen Wahltermins. Um diesen Schulfrieden zu erzielen, braucht man den politischen Handlungsauftrag durch einen Volksentscheid. Davon sind wir nach wie vor überzeugt und die Mehrheit der Thüringer ebenso. (...) Wenn Sie aus ‚Stuttgart 21‘ und so vielen anderen Entwicklungen die richtigen Schlussfolgerungen ziehen würden, dann hätten Sie den Mut zu einem Volksentscheid und Thüringen könnte dann wirklich in wenigen Jahren das modernste deutsche Bildungsland sein.“



Güterichterprojekt

„Das Thüringer Güterichterprojekt muss dringend auf den Prüfstand. Angesichts sehr kritischer Positionen von Fachleuten zur gerichtlichen Mediation steht seine Fortsetzung zur Disposition“, so Ralf Hauboldt, Justizpolitiker der Linksfraktion. Das Themenfeld Mediation und Justiz müsse auch mit Blick auf den in der Diskussion befindlichen Gesetzentwurf der Bundesregierung dringend im Thüringer Landtag beraten werden, wozu ein Antrag der LINKEN bereits vorliegt. Darin gehe es gerade auch um die Notwendigkeit einer transparenten und rechtlich fundierten Qualitätssicherung im Bereich der Mediation mit Bezug zu Gerichtsverfahren. Wichtig sei vor allem, „dass mit Blick auf die Anwendung von Mediation die Eignung auch der gerichtlichen und außergerichtlichen Mediation unter fachlichen und juristischen Gesichtspunkten sehr genau geprüft werden muss“. Die Geeignetheit von solchen Instrumenten sei z.B. mit Blick auf ein Verfahren in Familiensachen anders zu bewerten als mit Blick auf Sozialgerichtsverfahren. Darüber hinaus müsse auch berücksichtigt werden, dass es mit dem Vergleich schon jetzt bei Gerichtsverfahren eine Möglichkeit der sogenannten „unstreitigen Erledigung“ gebe. Mediation dürfe auch nicht dazu missbraucht werden, um auf Kosten der Rechtssuchenden eine schnelle Arbeitsentlastung der Justiz erreichen zu wollen. ■

Wichtige Termine

Landtagssitzungen:

Die nächsten Sitzungen des Thüringer Landtags finden in der Zeit vom 10. bis 12. November statt.

Anhörung zu Kommunalabgaben:

Zum gemeinsamen Gesetzentwurf von LINKEN und GRÜNEN zur Abschaffung der Straßenausbaubau- und Abwasserbeiträge führen beide Fraktionen eine öffentliche Anhörung durch am Donnerstag, den 28. Oktober, 16 Uhr, Raum 125/125a im Thüringer Landtag.

Internet:

Täglich aktuelle Informationen über die Arbeit der Thüringer Landtagsfraktion DIE LINKE sowie ihre parlamentarischen Initiativen sind im Internet abrufbar unter:

www.die-linke-thl.de

Volkszählung

„Die Volkszählung 2011 – ein Angriff auf das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung“, unter dieser Überschrift setzt sich die Linksfraktion kritisch mit dem Zensus 2011 auseinander und hat dazu im Rahmen einer öffentlichen Fraktionssitzung den Vizepräsidenten der Internationalen Liga für Menschenrechte, Dr. Rolf Gössner, sowie Jens Kubiziel vom Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung am Mittwoch, den 3. November (9.30 Uhr bis 11 Uhr) in den Landtag nach Erfurt, Fraktionssitzungsraum 201, eingeladen. Am Vortag sind beide Referenten bei einer Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen in Jena (19 Uhr, Campus, Hörsaalgebäude, SR 3407) zu erleben. ■

Regionalverkehr

Als „kundenfeindlich und zudem aus ökologischer Sicht vollkommen verfehlt“ wertet MdL Dr. Gudrun Lukin die Ankündigung der Deutschen Bahn, die Fahrpreise im Nahverkehr auch in diesem Jahr anzuheben. Seit Jahren wird mit Regelmäßigkeit der Fahrplanwechsel im Dezember zu Anhebungen der Fahrpreise genutzt. Es variieren nur die Höhe und die Begründungen. „Im Drehen an der Preisspirale für Tickets ist die Bahn verlässlich und pünktlich. Von ihren Zügen konnte man das weit weniger behaupten. Kundenfreundlichkeit und die Gewinnung neuer Zielgruppen für die Bahn sehen jedenfalls anders aus“, kritisiert die LINKE Verkehrsexpertin und fordert konstante Preise und einen besseren Service. ■

Rasseliste

„Es klingt schon nach einem Schildbürgerstreich, wenn die Landesregierung nach der erheblichen Kritik an der Rasseliste nun auch größere Hunde zunächst per se zu gefährlichen Hunden erklären will“, so MdL Martina Renner. Nach Ansicht der LINKEN ist weder eine Rasseliste noch eine Größenklassifizierung sachgerecht und angemessen, um auf die tragischen Vorfälle mit Hunden zu reagieren. „Die Landesregierung hat offensichtlich erkannt, dass eine Rasseliste nicht geeignet ist, tatsächlich Beißvorfälle weder zahlenmäßig zu verringern noch auszuschließen. Diese aber nun noch zu ergänzen mit einem Größenkriterium, ist der konzeptionslose Versuch, mit einer Rasseliste erst geschaffene Regelungslücken wieder zu schließen.“ ■